

4. Gleiche Rechte – ohne Ausnahme:

Alle Kinder müssen ihren Weg in die geregelte Jugendhilfe finden. Sie müssen auch darüber mitbestimmen können, welches Angebot passt. Mobile Angebote sind hilfreich. Doch sie stoßen an Grenzen, wenn das zu Hause kein sicherer Ort oder niemand mehr da ist. Für diejenigen, die allein vor Krieg und Folter geflohen sind, bieten Jugendheime auch einen besonderen Schutz: Aktuell darf die Berliner Polizei die jungen Menschen dort nicht aufsuchen, um sie abzuschieben. Deshalb stellen wir uns gegen die Unterbringung von jungen Geflüchteten in Großunterkünften ohne altersangemessene Unterstützung und gegen einen pauschalen Vorrang von ambulanten Leistungen.

5. Prävention vor Unterbringung:

In Berlin sind rund 15.000 Minderjährige in Obdachlosenunterkünften untergebracht. Zählt man junge Volljährige bis 25 Jahre mit, sind es rund 20.000. Das sind knapp 38 Prozent aller Wohnungslosen in Berlin. Gleichzeitig mangelt es in den meisten Unterkünften an Kinderschutzkonzepten und pädagogischem Personal. Kürzungen beim Wohngeld und in der regulären Jugendhilfe, werden die Zahlen weiter nach oben treiben. Wir brauchen eine Politik, die Notlagen verhindert, anstatt sie zu verstärken – mit passenden Unterstützungsangeboten und ausreichend sozialen Wohnraum.

6. Care-Arbeit als Gemeinschaftsaufgabe:

Die zunehmende Verlagerung von Sorgearbeit ins Private ist eine gesellschaftliche Rückwärtsrolle. Wir wollen die geschlechterspezifischen Auswirkungen von Kürzungen bei Unterstützungsangeboten und Unterhaltsleistungen sichtbar machen. Wir setzen uns für bedarfsgerechte Maßnahmen in der staatlichen Versorgungsinfrastruktur ein, insbesondere für die Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe, der Eingliederungshilfe und für gezielte Maßnahmen zur Unterstützung von Familien in all ihren Formen.

Zeit für eine Kehrtwende: Das kannst du tun!

Am 20. September wählt Berlin ein neues Abgeordnetenhaus. Kai Wegner mag dann weg sein, doch der aktuelle Finanzsenator, Stefan Evers, will sein Nachfolger werden. Damit ist klar: **die CDU bleibt auf Kürzungskurs – im Schulterschluss mit Merz und Co.** Dem stellen wir uns entschieden entgegen! Schließt euch an und engagiert euch – geht zur Wahl und auf die Straße bei den bundesweiten Protesten gegen den sozialen Kahlschlag!

Mehr Infos zu Demos in deiner Nähe findest du hier:



V.i.S.d.P.: Jonas Teune, Die Linke Pankow,
Wisbyer Straße 37, 13189 Berlin
Fotos: © Olaf Kostritz, © Andreas Domma

Am
20.09.
Die Linke
wählen!

Das bedeuten die Kürzungspläne von Merz & Co. für dich!

Und was wir zusammen dagegen tun können!



Systematischer Sozialabbau

Am 16. April 2026 leakte der Paritätische Gesamtverband ein Arbeitspapier der Bundesregierung unter dem Titel „**Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen**“. Inhalt dieses Papiers sind drastische Leistungseinschränkungen in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende.

Mit den 70 Kürzungsvorschlägen des Papiers sollen **mehr als 8,6 Milliarden Euro eingespart** werden – **auf Kosten der schutzbedürftigsten Bevölkerungsgruppen unserer Gesellschaft**. Auch die Verschärfungen in der neuen Grundsicherung und die Kürzungen beim Wohngeld treffen besonders Kinder, von denen bundesweit jedes fünfte und in Berlin jedes vierte in Armut lebt.



„Die Regierung betreibt einen brutalen Kahlschlag auf dem Rücken von Kindern, Jugendlichen und Familien. Dieser Frontalangriff auf unseren Sozialstaat muss sofort beendet werden. Wir brauchen Zukunftsinvestitionen, die echte Generationengerechtigkeit ermöglichen.“

Heidi Reichinnek

Kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag



„Diese Kürzungsvorhaben sind kein Naturgesetz. Sie sind Folge einer reaktionären Politik, die nach unten tritt. Es zeigt sich eine Grundhaltung und die Frage ist, ob man sie teilt oder sich mit aller Kraft und auf allen Ebenen dagegenstellt.“

Maria Bigos

Vorsitzende des Kinder- und Jugendhilfeausschusses Pankow und Direktkandidatin für das Berliner Abgeordnetenhaus

Der CDU und SPD geführte Berliner Senat verfolgt mit dem Projekt „**Effiziente Sozialausgabensteuerung**“ einen ähnlichen Kurs. In den Bereichen Bildung, Jugend und Familie sollen im aktuellen Haushalt insgesamt 280 Millionen Euro eingespart werden. In der ersten drastischen Kürzungswelle waren es bereits rund 350 Millionen Euro. **Das ist kein Effizienzgewinn, sondern systematischer Sozialabbau.**

Auch in Pankow ist das spürbar: Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen bangen um ihre Existenz, Angebote und Öffnungszeiten müssen reduziert werden, Leistungen sind eingeschränkt und es wird ein Zwei-Klassen-Parallelsystem für junge Geflüchtete geschaffen.

Unser Schutzschirm für Berlin

Die Linke verteidigt das Recht auf ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben! Wir stellen uns schützend vor die sozialen Leistungen und mobilisieren bestmöglich Mittel, um entstehende Lücken zu schließen! Bundespolitisch setzen wir uns für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ein, die Berlin rund 5,5 Milliarden jährlich einbringen würde. **Das Geld ist da, es ist nur falsch verteilt!**

1. Berlin endlich gerecht finanzieren:

Das starke Wirtschaftswachstum Berlins muss sich in den Einnahmen der öffentlichen Kasse widerspiegeln. Durch Anpassungen bei der Tourismusabgabe, der Zweitwohnsitzsteuer und mit Einführung einer Luxusvillensteuer, können wir Millionen für Berlin einnehmen. Mit personeller Verstärkung in den Finanzämtern holen wir uns außerdem die knapp 1 Milliarde Euro Steuerrückstände zurück, die Berlin jedes Jahr fehlen! Wenn wir wieder in Bereiche investieren, die unsere Stadt lebenswert machen, generieren wir gleichzeitig wichtige Einnahmen. Investitionen in Kultur, Bildung und Erziehung spülen ein Vielfaches in die Landeskasse zurück, sichern soziale Teilhabe und fördern Stabilität und Sicherheit!

2. Pakt mit Sozial- und Jugendhilfeträgern:

Wir wollen weniger Bürokratie und mehr Planungssicherheit für freie Träger. Es braucht eine mehrjährige Finanzierung und ein vereinfachtes Antragsverfahren mit geringeren Berichtspflichten. Gebunden an einheitliche Qualitätsstandards und klare Zuständigkeiten, schaffen wir eine bessere Versorgung und faire Arbeitsbedingungen. Wir sorgen dafür, dass Hilfe direkt und unkompliziert bei den Menschen ankommt. Mit nachhaltigen Angeboten verhindern wir Folgeprobleme und sparen gleichzeitig Kosten.

3. Vorsorge ist besser als Nachsorge:

Wir halten an einer bedarfsgerechten Prüfung von Jugendhilfemaßnahmen fest und stellen uns entschieden gegen den Wegfall der Nachbetreuung von Heim- und Pflegekindern bei Entlassen aus der Jugendhilfe. Gerade diese jungen Menschen brauchen Unterstützung bei Abschluss, Ausbildung oder Studium und dürfen nicht einfach vor die Tür gesetzt werden. Auf dem angespannten Wohnungsmarkt haben sie kaum Chancen und sind besonders von Armut und Obdachlosigkeit betroffen. Eine gezielte Unterstützung in der sensiblen Übergangszeit ermöglicht ein erfülltes, selbstbestimmtes Leben.